

Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Samstag, 22. März 1975

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

108. Jahrgang - Nr. 42

Noch keine Arbeitslosen in Liechtenstein

Amt für Volkswirtschaft will Arbeitsvermittlungsstelle aktivieren

«In Liechtenstein kann man noch nicht von einer wirtschaftlichen Krise sprechen», stellte der Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, Dr. Benno Beck, während einer Pressekonferenz am vergangenen Dienstag fest. Um aber für den Ernstfall gewappnet zu sein, werden in diesen Tagen grosse Anstrengungen gemacht, um die Arbeitsvermittlungsstelle wieder funktionsfähig zu machen.

Gefährdete Branchen

Wie Dr. Beck ausführt, sind in einigen Branchen Schwierigkeiten aufgetreten. So vor allem im Bauhaupt- und Baunebengewerbe, wo ein gewisser Sättigungsgrad erreicht sei, in der Textilindustrie, im Transportgewerbe und in Betrieben, die Lohnarbeit verrichten. Auch hätte der Berufsberater heute Schwierigkeiten alle, die eine Lehrstelle suchen, an einem geeigneten Arbeitsplatz unterzubringen. «Im ganzen gesehen», meinte Dr. Beck

weiter, «ist die Situation aber nicht schlimm. Es wäre falsch in Panikstimmung zu machen.»

Oeffentliche Arbeitsvermittlung

Schon seit langem besteht eine dem Amt für Volkswirtschaft angegliederte Arbeitsvermittlungsstelle. In den Jahren der Vollbeschäftigung wurde ihr allerdings wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Es lagen wenig Stellengesuche vor, eine Vermittlung fand deshalb praktisch nicht statt. Als Folge davon unterliessen es die Arbeitgeber auch, offene Stellen an die Arbeitsvermittlungsstelle zu melden.

Neubeginn mit einer Umfrage

Um die Arbeitsvermittlung wieder funktionsfähig zu machen muss deshalb neues Grundlagenmaterial erarbeitet werden. Mit einem Rundschreiben an alle Arbeitgeber des Landes sollen sämtliche offenen Stellen erfasst werden. Das Rundschreiben ist in diesen Tagen abge-

gangen und ersucht die Arbeitgeber, «sämtliche offenen Stellen laufend und uneingeschränkt dem Amt für Volkswirtschaft, Abteilung Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, zu melden». Die offenen Stellen werden in einer Kartei gesammelt und bilden die Grundlage für die Arbeitsvermittlung.

Rechtzeitig melden!

Die öffentliche Arbeitsvermittlung ist weder für Arbeitgeber noch für Stellensuchende mit Kosten verbunden. Sie kann allerdings nur dann einwandfrei funktionieren, wenn offene Stellen rechtzeitig gemeldet werden. Ebenfalls ist es unabdingbar, dass sich Stellenlose unverzüglich, spätestens zum Kündigungstermin beim Leiter der Arbeitsvermittlungsstelle des Amtes für Volkswirtschaft, Josef Eberle, an der Kirchstrasse in Vaduz melden (Telefon 2 28 22). Sie erhalten dort ein Formular, mit dem sie sich

zur Stellenvermittlung anmelden können.

Als weitere Massnahme hat die Regierung am 21. Januar eine enge Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsvermittlungsstelle und der Fremdenpolizei angeordnet. Bevor diese neue Bewilligungen für ausländische Arbeitskräfte ausstellt, muss das Gesuch der Arbeitsvermittlungsstelle vorgelegt werden, die abklärt, ob für die freie Stelle nicht bereits im Lande ansässige Arbeitskräfte vorhanden sind, denen die Stelle zugemutet werden kann. Ist dies der Fall, nimmt die Arbeitsvermittlungsstelle mit dem betreffenden Arbeitgeber Kontakt auf. Nur wenn für die betreffende Stelle kein Stellensuchender gemeldet ist, darf das Gesuch um Zulassung einer ausländischen Arbeitskraft bewilligt werden.

Arbeitslosenversicherung

In direkter Abhängigkeit zur Arbeitsvermittlung steht die Arbeitslosenversicherung. Ist eine Vermittlung nicht möglich, hat der Versicherte Anspruch auf Taggelder, sofern der Arbeitsausfall anrechenbar, d.h. wirtschaftlich bedingt ist. Nicht anrechenbar ist der Arbeitsausfall z.B. wenn der Arbeitnehmer selbst gekündigt hat, Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Verletzung des Arbeitsvertrages durch den Arbeitnehmer, Aufgabe der Stelle aus gesundheitlichen Gründen, Kündigung durch den Arbeitnehmer wegen eines Arbeitskonfliktes usw.

Ist der gegen Arbeitslosigkeit versicherte Arbeitnehmer von einem anrechenbaren Arbeitsausfall von einem oder mehreren ganzen Tagen betroffen, so hat er sich täglich bei der Arbeitsvermittlung zu Kontrolle (Vermittlung) zu melden. Die Arbeitsvermittlungsstelle beim Amt für Volkswirtschaft versucht dann laufend, für den Versicherten eine zumutbare Arbeit zu finden. Während der Zeit der Vermittlungsbemühungen besteht dann Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung.



Journalistische Wahrheit:

«Ungeheuerliches Vorgehen»?

Das Wort Objektivität nimmt man heute im Zusammenhang mit dem Journalismus nur ungern in den Mund. Denn dass es in der journalistischen Berichterstattung keine Objektivität geben kann, ist eine Tatsache, die inzwischen nicht nur den Medienforschern sondern auch uns Journalisten geläufig ist. Das Wort Objektivität hat man deshalb in unseren Kreisen durch die Forderung ersetzt, dem Leser all jene Tatsachen weiterzuvermitteln, die zur Beurteilung eines Ereignisses oder eines Tatbestandes von Bedeutung sind. Genau diesem Grundsatz aber sind unsere Kollegen vom «Vater-

Gegenseitige Information

Koordinationskonferenz für wirtschaftliche Fragen gebildet

Die Fürstliche Regierung hat in ihrer Sitzung vom 20. März unter dem Vorsitz von Dr. Walter Kieber folgende Beschlüsse gefasst:

Bildung einer Koordinationskonferenz

Die Regierung setzt eine Koordinationskonferenz zur Behandlung wirtschaftlicher Fragen ein. Ihr gehören der Regierungschef als Vorsitzender, der Regierungschef-Stellvertreter, zuständige Chefsachverständige sowie Vertreter von Arbeitnehmerverein, Industriekammer und Gewerbevereine an. Diese Konferenz hat zur Aufgabe, eine bessere Effektivität von Wirtschaftsgesprächen zu erreichen und eine rationellere Koordination zwischen den einzelnen Partnern zu ermöglichen. Es hat sich bei den Besprechungen, die in letzter Zeit zwischen der Regierung und den liechtensteinischen Wirtschaftsverbänden stattgefunden haben, sehr deutlich gezeigt, dass diese gesonderten Gespräche mit einzelnen Wirtschaftsverbänden nicht jene Effektivität erreichen können, die wünschbar wäre. Vor allem trat immer die Schwierigkeit auf, dass im Gespräch mit den einzelnen Wirtschaftspartnern immer Probleme angeschnitten und behandelt wurden, die sowohl die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmerseite betrafen. Um eine fruchtbare und erfolgreiche Behandlung der Probleme zu ermöglichen, ist es nötig, dass auf die von der einen Seite vorgebrachten Forderungen und Wünsche eine direkte Reaktion durch die andere Seite erfolgen kann. Weiter soll diese Konferenz ein Beitrag zu einem positiven

Klima und zu einer guten Atmosphäre für eine zukünftige Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner und der Behörden sein. Die Regierung erhofft sich, dass viele Probleme, die aus einem Mangel an gegenseitiger Information entstehen können, an dieser Konferenz und durch diese Konferenz in klarer und offener Aussprache aus der Welt geschafft werden können.

Aussenpolitik

Dem Landtag wird ein Bericht der Regierung zugeleitet betreffend die Partizipation des Fürstentums Liechtenstein am Internationalen Energieprogramm. Der Kostenanteil des Fürstentums Liechtenstein für die Teilnahme an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa pro 4.

Quartal 1974 in Höhe von 11 563 Franken wird überwiesen.

Rückbürgerungen

19 ehemalige Liechtensteinerinnen werden wieder in das liechtensteinische Landes- und Gemeindebürgerrecht aufgenommen.

Schulwesen

Die Bestellung der Schulleiter an den Realschulen wurde vorgenommen. Es wurden gewählt für die Realschule Vaduz: Reallehrer Willi Oehri
Realschule Eschen: Reallehrer Lorenz Schierscher
Realschule Balzers: Reallehrer Johann Vogt.

Fortsetzung auf S/2

Liechtenstein und Europarat

Eine rasche Abfolge der Ereignisse kennzeichnet gegenwärtig die ausserpolitische Szene unseres Landes. Unter dem Beifall der Abgeordneten der 18 Mitgliedstaaten hatte der Präsident der Beratenden Versammlung, der Italiener Giuseppe Vedovate, Ende Januar die Aufnahme Liechtensteins als Beobachter in den Kreis der Mitgliedstaaten bekanntgegeben. Diese Woche stattete der Generalsekretär des Europarates, der Deutsche Georg Kahn-Ackermann, dem neuen beobachtenden Mitglied einen offiziellen Besuch ab. In der Zwischenzeit konnte die liechtensteinische Mannschaft, die anfänglich aus nur zwei Parlamentariern bestehen sollte, um zwei stellvertretende Mitglieder erweitert werden.

Dabei gehen die ersten Kontakte unseres Landes zum Strassburger Rat auf nicht mehr als ein halbes Dutzend Jahre zurück, als fünf Europäische Uebereinkommen unterzeichnet wurden, denen später weitere folgten. Seit gut drei Jahren nehmen liechtensteinische Landtagsabgeordnete als beobachtende Gäste an den Beratungen der Parlamentarischen Versammlung teil. Durch den Beobachterstatus hat sich die Situation für unsere Dele-

gation insofern verändert, als nun Möglichkeiten der aktiven Teilnahme offenstehen. Im Unterschied zu den Vollmitgliedern erhalten Beobachter zwar kein Stimmrecht, können jedoch im Rahmen der Beratungen der Parlamentarischen Versammlung das Wort ergreifen, und es steht ihnen in den einzelnen Kommissionen ein Mitspracherecht zu.

Die liechtensteinischen Vertreter in Strassburg — Landtagspräsident Dr. Gerard Batliner sowie Dr. Franz Beck (die beiden Stellvertreter sind

tät, die sich der Europarat vor allem durch seine Konventionen erworben hat, kann in dieser Hinsicht von grosser Bedeutung sein. Zudem wurde die Verleihung des Beobachterstatus unser Bestreben, die Eigenstaatlichkeit zu dokumentieren, durch einen Block von achtzehn Staaten unterstützt.

Der Besuch des Generalsekretärs, der als der eigentliche Repräsentant des Europarates gelten kann, ist schliesslich eine weitere Geste, unser Land, ungeachtet der Grösse, in eine lose Verbindung souveräner Staaten einzubeziehen.

Freilich bringen solche Erweise staatlicher Eigenständigkeit auch Verpflichtungen mit sich, wenn sie nicht über kurz oder lang als Phrasen der Höflichkeit entblösst werden wollen. Die Verbindung mit Strassburg muss aufgebaut werden. Konstruktive Präsenz in den Beratungen der Parlamentarischen Versammlung wird unumgänglich sein.

Der Ausgangspunkt zur Vollmitgliedschaft im Europarat ist gegeben. Das schrittweise Vorgehen, das Taktieren mit langsam zunehmender Präsenz, erscheint sympathisch. Dennoch führt unser Weg nicht mehr an Strassburg vorbei. Günther Meier

UNSERE BANK ALLE
DIE BANK FÜR ALLE

Thema der Woche

Innen- ausbau
mandfrick ag